

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 8 88 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Hans Büchler MdB zum Fall der Berliner Mauer vor zwei Jahren: Eine zusammengebrochene Welt.

Seite 1

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB zur Notwendigkeit, dem Ausländerhaß entgegenzutreten: Stellen wir uns schützend vor sie!

Seite 3

Rudolf Dreßler MdB zum 20. Jahrestag der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes: Ein Kernstück der Gesellschaftspolitik.

Seite 4

Regina Schmidt-Zadel MdB zu einem Vortrag von Roswitha Verhülshof zum Paragraph 218: Schönrednerien einer CDU-Politikerin.

Seite 5

### Dokumentation

Hessische Erklärung gegen den Fremdenhaß: Den inneren Frieden bewahren; zur Toleranz beitragen.

Seite 6

46. Jahrgang / 213

7. November 1991

### Eine zusammengebrochene Welt

Zum Fall der Berliner Mauer vor zwei Jahren

Von Hans Büchler MdB

"Es gibt Leute, die sagen, dem Kommunismus gehöre die Zukunft. Sie sollen nach Berlin kommen! Ein Leben in Freiheit ist nicht leicht, und keine Demokratie vollkommen. Aber wir haben es nicht nötig, eine Mauer aufzubauen, um unsere Leute bei uns zu halten und sie daran zu hindern, woanders hinzugehen..."

(John F. Kennedy, 1963 in Berlin)

Fast 30 Jahre und eine Revolution liegen zwischen dieser Äußerung des amerikanischen Präsidenten und heute, dem 2. Jahrestag seit der Öffnung der Mauer in Berlin. Kennedy hatte aus guten Gründen untertrieben: Es gab nicht nur irgendwelche einzelne Leute, die sagten, dem Kommunismus gehöre die Zukunft. Es waren Abermillionen, die festgefesselt vom Kommunismus überzeugt waren.

Heute gibt es kaum noch Leute, die ernsthaft meinen, daß dem Kommunismus die Zukunft gehöre. Fast muß man sie suchen wie Dinosaurier aus längst vergangenen Zeiten - und findet sie nur noch ab und zu als Skelette in irgendeinem Museum.

Nicht einmal dem alten Honecker kann man so recht glauben, daß er noch selbst restlos davon überzeugt ist, was er zu seiner und zur Verteidigung des Kommunismus sagt. Dazu sind seine Gesichtszüge zu entgleist, seine Argumentationsketten zu wirr, sein permanentes Grinsen bei den ernsthaftesten Fragen zu entlarvend.

Es liegt nicht viel Zeit zwischen dem letzten Staatsbesuch Honeckers in der Bundesrepublik und seinem letzten siebenstündigen Interview aus Moskau vor wenigen Wochen. Dazwischen liegen 2.000 km und eine zusammengebrochene Welt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemalhaner Lösung  
aus verschiedenen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Vielleicht sollten wir - anläßlich des 2. Jahrestages des Falles der Berliner Mauer - uns wieder einmal dem annähern, was im Alltag verlorengeht: Dem Staunen darüber, was in der Politik an großartigen positiven Entwicklungen fast über Nacht realisiert werden kann. Dem Staunen darüber, daß Menschen mit entschiedenem Willen und klaren Vorstellungen scheinbar absolute Ideologien ebenso wie unüberwindbare Mauern zum Einsturz bringen können.

Im Herbst 1989 hatten tausende von Menschen in der ehemaligen DDR klarste Vorstellungen darüber, was sie wollten. Ihre Forderungen waren revolutionär und dennoch maßvoll, präzise zum Punkt: die Kardinal-Freiheiten, Meinungs-, Rede-, Presse-, Versammlungs-, Reisefreiheit; sie wollten eine faire Entlohnung, für Leistung und gegen Parteikarriere; sie waren für die strikte Trennung von Staatsgewalt und Einheitspartei; sie waren für die klassische Gewaltenteilung von Gesetzgebung, Justiz und Exekutive; und natürlich für freie Wahlen und für das Ende des Machtmonopols eines menschenfeindlichen Apparates, und sie wollten, daß es ganz einfach endgültig Schluß mit den Privilegien der Parteibonzen ist. Sie demonstrierten also gegen eine schmutzige Geheimpolizei ebenso wie für eine saubere Umwelt.

Daß diese Forderungen - sicherlich nicht im Detail - aber im Grundsatz innerhalb kürzester Zeit verwirklicht werden könnten, ist und bleibt großartig. Auch dieses Monstrum an Mauer, deren Zusammenbruch wir heute zum 2. Mal feiern dürfen, hat den wirtschaftlichen Ruin der DDR nicht aufhalten können, sondern lediglich für Jahre oder gar Jahrzehnte verzögert, was schlimm genug ist. Denn sie hat nicht nur den wirtschaftlichen Ruin verzögert, sondern auch die Freiheit zurückgedrängt. 28 Jahre Mauer waren für tausende von Menschen zuviel um in ihrem Leben zu dem kommen zu können, was sie gerne erfahren hätten. 28 Jahren waren für viele eine zu lange Zeit, um noch einmal neu anfangen zu können.

"Diese Mauer war eine Mauer gegen die Wahrheit", sagte Dr. Richard Schröder. Im Grunde genommen konnte sie genau deshalb keinen Bestand haben.

Es existierte aber nicht nur diese kalte, tödliche Betonmauer, sondern es gab Mauern aus Papier, Mauern aus Zeitungen, aus falschen und bössartigen Informationen, Mauern aus Ideologischen Lehrbüchern, menschenhohe Mauern durch stasitru Ergabene. Man kann nur hoffen, daß sie mit der Zeit niedriger werden.

Unser Beitrag zum Sturz der Betonmauer? Nun, eine jahrzehntelange Politik, die sich von östlichen Provokationen nicht beeindrucken ließ und Verhandlungsbereitschaft auf der Basis überzeugender demokratischer Grundwerte und der westlichen Verteidigungsbereitschaft signalisierte, war erfolgreich. Der Grundlagenvvertrag, die KSZE und die Glasnost-Politik Michail Gorbatschows hatten in ihrer Konsequenz, verbunden mit der eminenten Kraft der friedlichen Revolution von sechzehn Millionen Menschen in der DDR, die Mauer zum Einsturz gebracht. Erst gab es also tausend kleine Schritte, dann einige größere, um eine als Jahrhundertbauwerk bezeichnete, beispiellos unmenschliche Befestigungsanlage zu betasten, dann zu erschüttern, schließlich sturmreif und am Ende dem Erdboden gleich zu machen.

Die kollektive Ekstase des 9. November 1989 ist längst vorbei und der deutsche Alltag hat uns wieder fest im Griff. Eine Gefahr, die von der Mauer ausging, ist allerdings noch längst nicht überwunden: Die sozialen Unterschiede im wiedervereinigten Deutschland, verursacht vom bankrott gegangenen sozialistischen Planwirtschaftssystem, sind gravierend. Sie bilden den Grundstock für Unzufriedenheit einerseits und Überheblichkeit andererseits und könnten sich zu einer Art unsichtbaren Mauer verdichten, die jedoch konkrete Auswirkungen hat. Heute sollten wir also auf der Hut sein, daß nicht neue Mauern, soziale zum Beispiel, entstehen, ähnlich starr, ähnlich brutal wie die alte. Bei allen Problemen, die es zweifellos zur Genüge gibt, kann der Gedanke an die unglaubliche Leistung beim Zerstören der Betonmauer jedoch daran erinnern und Mut machen, daß alles möglich und machbar ist, wenn man es nur ernsthaft will.

Kennedy hat recht: "Ein Leben in Freiheit ist nicht leicht, und keine Demokratie vollkommen. Aber wir haben es nicht nötig, eine Mauer aufzubauen, um unsere Leute bei uns zu halten und sie daran zu hindern, woanders hinzugehen ...". Möglicherweise ist und bleibt dies unser stärkstes Argument, nicht nur an einem 9. November, sondern an jedem Tag in jedem Jahr.

(-/7.11.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Stellen wir uns schützend vor sie!**

**Zur Notwendigkeit, dem Ausländerhaß entgegenzutreten**

**Von Heidi Maria Wiczorek-Zeul MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums**

Daß in Deutschland wieder Menschen anderer Nationalität mit Haß, Gewalt und Mord bedroht werden, erfüllt uns mit Schrecken und Scham.

Es ist unsere zentrale Aufgabe, der Völkerverhetzung und dem Ausländerhaß entschlossen entgegenzutreten. Wir dürfen der Verrohung des Denkens und Fühlens nicht sprach- und tatenlos zusehen. Stellen wir uns schützend vor Ausländerinnen und Ausländer!

Dämme gegen Ausländerhaß und Gewalt müssen vor allem auch Menschen errichten, die in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen Ansehen genießen. Sie müssen denen, die durch die anhaltende Stimmungsmache in der Öffentlichkeit vielleicht verunsichert sind, aber auf Argumente hören, ja auf sie warten, eine Orientierung geben. Jetzt sind Beispiele für Mitmenschlichkeit gefragt. Und klare Positionen.

Gleichzeitig müssen wir die Strategie der Rechten zum Thema machen. Die Union treibt ein doppeltes Spiel: Bundeskanzler Kohl ermahnt zu Toleranz, gleichzeitig aber inszenieren CDU-Politiker wie Rühe und Kanther Kampagnen gegen Asylbewerber. Sie wollen mit Blick auf die im kommenden Frühjahr in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg anstehenden Wahlen vom eigenen Versagen auf vielen Politikfeldern ablenken.

Der Ärger breiter Bevölkerungsschichten über gebrochene Versprechen, über Steuererhöhungen und über die Untätigkeit der Regierung Kohl in Sachen Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot soll abgelenkt werden - auf Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie auf die SPD, die der Verteufelung von Minderheiten entgegentritt.

Dabei wissen auch die Rechten, daß eine Grundgesetzänderung keine praktischen Folgen für die Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber hätte. Denn maximal acht Prozent aller Menschen an der Grenze beantragen Asyl bereits beim Übertritt in die Bundesrepublik, während sich die übergroße Mehrheit erst nach längerem Aufenthalt an Gemeinden oder Kreise wendet. Und der weltweiten Armutswanderung ist mit Manipulationen an der Verfassung der Bundesrepublik schon gar nicht zu begegnen.

Nehmen wir diese Demagogie führender Unionspolitiker nicht hin. Klären wir auf - wir haben gute Argumente. Machen wir deutlich, daß jeder Mensch seine eigene Würde hat, unabhängig von seiner Nationalität, seiner Hautfarbe, seinem Geschlecht oder seiner Religion. Sie zu achten ist unser aller Aufgabe.

(-/7.11.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Ein Kernstück der Gesellschaftspolitik**

**Zum 20. Jahrestag der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes**

**Von Rudolf Draßler MdB**

**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion**

**Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)**

Das geltende Betriebsverfassungsgesetz ist zwanzig Jahre alt. Es wurde am 10. November 1971 vom Bundestag verabschiedet, im Januar 1972 trat es in Kraft. Das Gesetz ist eines der herausragenden Reformwerke der sozial-liberalen Koalition: Voraussetzung zur Wiedergewinnung wirtschaftlicher Prosperität aus ökonomischen Krisenlagen heraus und eine entscheidende Basis für die Kooperation zwischen Arbeitnehmerschaft und Unternehmern. Es hat sich in überaus hohem Maße bewährt. Dieses Gesetz dokumentiert auch die gesellschaftspolitische Kompromißfähigkeit, zu der eine FDP auf der Grundlage der Freiburger Thesen in der Lage ist.

Als das Gesetz verabschiedet wurde, wollten Arbeitgeberverbände weismachen, eine schlechende Systemveränderung werde auf den Weg gebracht, der gesamtwirtschaftlichen Destabilisierung der Weg geebnet. Heute stützt die überwiegende Zahl der Unternehmer die Betriebsräte bei ihrer Arbeit, weil sie dazugelernt haben. Allerdings sperren sich noch immer zu viele, vor allem im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe, weiterhin gegen die Bildung von Betriebsräten wie gegen eine effiziente betriebliche Mitbestimmung. Diese rückwärts gerichtete Haltung, vielfach in Form der Verweigerung von Rechten, muß aufhören. Daher ist an die Arbeitgeberverbände zu appellieren, in ihrem Bereich Mißstände beenden zu helfen, wo immer das möglich ist. Verstöße von Arbeitgebern gegen die Betriebsverfassung sind keine Kavaliersdelikte, sondern Handlungen, die der Ahndung bedürfen.

Wie sehr übrigens der Arbeitnehmerschaft das Stück Demokratie im Betrieb am Herzen liegt, zeigt die hohe und im Zeitverlauf trotz wirtschaftlicher Krisen nicht geringer gewordene Wahlbeteiligung bei Betriebsratswahlen. Verantwortungsbewußtsein belegt das Wahlverhalten: Sektierer erhielten keine Chance.

Für die SPD ist die Betriebsverfassung ein Kernstück der Gesellschaftspolitik. Mit solchen Gesetzen und der Fähigkeit, Gesetze dieser Art neuen Herausforderungen anzupassen, steht und fällt auch die soziale Verankerung der SPD in den Arbeitnehmerschichten. Und diese Verankerung - programmatisch wie personell - entscheidet auch über das politische Gewicht in den Wahlen von der kommunalen Ebene bis hin zum Bundestag.

Auch das ist ein Grund, eine umfassende Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes nicht auf die lange Bank zu schieben. Betriebsräte, die Belegschaften und die Gewerkschaften warten darauf, daß ein Mitbestimmungsrecht bei der Einführung und Anwendung neuer Technologien realisiert wird. Auch die Personaldatenverarbeitung bedarf der Mitbestimmung. Ganz unabdingbar ist, daß die Mitbestimmungsrechte bei Einstellungen und Kündigungen ausgebaut werden, und ebenfalls unverzichtbar ist, daß Datenschutz, Arbeitssicherheit und betrieblicher Gesundheitsschutz wesentlich stärker in den Aufgabenbereich der Betriebsräte einbezogen werden. Dies sind einige der Forderungen, mit denen die Sozialdemokraten noch in dieser Legislaturperiode eine neue Debatte über die Betriebsverfassung bestreiten werden. Die Zeit ist reif, Bewährtes und Neues in einem reformierten Betriebsverfassungsgesetz zusammenzubinden.

(-/7.11.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Frau Verhülsdonk Schönrednereien**

**Zu einem Vortrag der CDU-Politikerin zur Paragraph 218-Problematik**

**Von Regina Schmidt-Zadel MdB**

**Mitglied im Bundestagssonderausschuß "Schutz des ungeborenen Lebens"**

In ihrem Referat vor den Weiberter katholischen Kirchengemeinden bedauerte die Parlamentarische Staatssekretärin Roswitha Verhülsdonk, daß das Paket familienpolitischer Hilfen im 218-Gesetzentwurf der CDU in der Öffentlichkeit zu wenig beachtet werde.

Betrachtet man aber den Verlauf der Auseinandersetzung innerhalb der Union über die Ausgestaltung dieses "Hilfspaketes" und das, was im Gesetzentwurf der CDU letztlich davon übrig geblieben ist, kann die mangelnde Beachtung kaum verwundern.

Die Maßnahmen, die das Prinzip "Hilfe statt Strafe" in der Neuregelung des Paragraphen 218 verwirklichen sollen, sind in ihrer geplanten Form völlig unzureichend. Daran ändert auch nachträgliche Schönrederei nicht viel. Im Gegenteil: Es ist gerade der eklatante Widerspruch zwischen christlich-sozialem Anspruch und der Wirklichkeit des eingebrachten Gesetzentwurfs, der Unglaubwürdigkeit und damit die fehlende Beachtung hervorruft. Die Ausführungen von Frau Verhülsdonk vor den Weiberter Gemeindegliedern sind dafür geradezu ein Musterbeispiel.

So kann von einer Erhöhung des Erziehungsgeldes überhaupt keine Rede sein. Verlängert wurde lediglich der Bezugszeitraum. Die von Frau Verhülsdonk angeführte Anhebung der Kinderfreibeträge wurde vom Bundesverfassungsgericht angemahnt und wäre ohne diese gerichtliche Vorgabe auch den Sparmaßnahmen von Finanzminister Waigel zum Opfer gefallen.

Statt großspurig Leistungen zu verkaufen, die in Wirklichkeit keine sind, hätte Frau Verhülsdonk besser erläutern sollen, wo denn die im Vorfeld von der CDU geforderten zusätzlichen Hilfsmaßnahmen geblieben sind. Dazu zählen vor allem eine verbesserte Wohnraumbeschaffung für Familien und Alleinerziehende, einen frühestmöglichen Anspruch auf Kindergartenplätze und Maßnahmen, unerwünschte Schwangerschaften im Vorhinein zu verhindern, etwa durch Abgabe von Verhütungsmitteln auf Krankenscheine.

Von einer Verbesserung der Familienunterstützung, wie es die Staatssekretärin formulierte, kann also keine Rede sein. Die beklagte mangelnde Beachtung hat sich die Union selbst zuzuschreiben.

(-/7.11.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Den inneren Frieden wahren und zur Toleranz beitragen**

Die hessische Landesregierung, politische, kirchliche und gesellschaftliche Gremien haben eine gemeinsame Erklärung zur Ausländer- und Asylpolitik verfaßt, die wir im Wortlaut wiedergeben.

"Menschen, die Zuflucht in unserem Land suchen, dürfen nicht zur Zielscheibe von Schuldzuweisungen, Angst, Haß und Gewalt werden. Alle demokratischen Kräfte, alle Bürgerinnen und Bürger des Landes stehen in der Verpflichtung, allen Formen von Gewalt und jeder Art von Diskriminierung entschlossen entgegenzutreten.

Die Würde des Menschen und das Recht auf Unversehrtheit sind durch das Grundgesetz garantiert, die Gewalttaten der letzten Monate müssen uns beschämen und gleichzeitig wachrütteln.

Es gibt unterschiedliche Meinungen, wie die Zuwanderung in die Bundesrepublik und die Bekämpfung der Ursachen, die Menschen dazu bewegt aus ihrer Heimat zu fliehen, kurzfristig und dauerhaft geregelt werden kann und soll. Dennoch: Das Bekenntnis zum im Grundgesetz verankerten Recht auf politisches Asyl steht nicht zur Disposition. Dazu mahnt auch unsere eigene Geschichte.

Unser Bemühen gilt dem Schutz der zu uns kommenden Ausländerinnen und Ausländer und der Garantie ihrer Unversehrtheit. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Zeichen der Menschlichkeit, die überall in unserer Gesellschaft gesetzt werden. Die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist entsetzt und beschämt über die Angriffe in den vergangenen Wochen auf unsere ausländischen Bürgerinnen und Bürger.

Wir wollen mit allen unseren Kräften und durch unser aktives Engagement den inneren Frieden in unserem Land wahren und sichern und zu Verständnis und Toleranz beitragen. Den Menschen müssen dabei die globalen Zusammenhänge des Problems deutlich gemacht werden. Wir alle tragen eine große Verantwortung, dies muß auch unser Handeln bestimmen."

Hessische Landesregierung  
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen  
SPD-Landtagsfraktion  
Fraktion die Grünen  
FDP-Landtagsfraktion  
Vereinigung Hessischer Unternehmerverbände e.V.  
DGB-Landesbezirk Hessen  
DAG-Landesverband Hessen  
Hessischer Städtetag  
Hessischer Städte- und Gemeindebund  
Hessischer Landkreistag  
Kommissariat der katholischen Bischöfe im Lande Hessen  
Evangelische Kirchen in Hessen  
Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen  
Initiativausschuß ausländischer Mitbürger in Hessen  
Pro Asyl  
Initiative von mit Ausländern verheirateten Frauen Hessen  
Hessischer Jugendring

(-7.11.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*